

Der Bundesminister des Innern
Z I 6 – 006 151 – 033/3

Bonn, den 11. Dezember 1970

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Betr.: Personelle Ausstattung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge in Zirndorf

Bezug: Kleine Anfrage der Abgeordneten Baier, Dr. Althammer, Dr. Jenninger, Picard, Dr. Riedl (München), Dr. Schneider (Nürnberg), Frau Tübler und Genossen
– Drucksache VI/1431 –

Die Kleine Anfrage über die Personalausstattung des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge beantworte ich im Namen der Bundesregierung wie folgt:

Die Bundesregierung ist über die derzeitige schwierige Situation des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge unterrichtet. Sie teilt die Sorgen wegen der jetzigen Dauer der Asylverfahren und der sich daraus u. U. ergebenden Härten für die Betroffenen. Die Bundesregierung bemüht sich daher um Abhilfe.

Dabei ist jedoch der außergewöhnlich ungleichmäßige Arbeitsanfall des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zu berücksichtigen, der von der politischen Entwicklung im Ausland – vor allem in Osteuropa – abhängt. Dies erschwert die Ermittlung eines realistischen Durchschnittswertes, der einer Stellenausstattung zugrunde gelegt werden kann, um sowohl eine längerfristige Unterbeschäftigung zu vermeiden wie auch eine zeitweilige Belastung durch einen ungewöhnlich hohen Eingang von Asylanträgen.

Der Bundesrechnungshof hatte im Jahre 1968 bei seiner örtlichen Prüfung Einsparungen am damaligen Personalbestand vorgeschlagen; bereits bei den nächsten auf diese Prüfung folgenden Haushaltsverhandlungen zeigte sich, daß die Vorschläge nur zu einem geringen Teil zu realisieren waren.

Inzwischen hat sich das Bild völlig gewandelt. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei haben seit Ende des Jahres 1968 zu einer außerordentlich starken Belastung des Amtes geführt, die immer noch anhält. Die Annahme, die Zahl der Asylanträge werde im Laufe des Sommers 1970 zurückgehen, hat sich nicht bestätigt.

Im einzelnen ergibt sich die Entwicklung des Arbeitsanfalls aus folgender Übersicht:

Jahr	Z u g ä n g e	
	Fälle	Personen
1960	2 142	2 980
1961	1 972	2 722
1962	2 010	2 550
1963	2 598	3 238
1964	3 787	4 542
1965	3 754	4 337
1966	3 495	4 370
1967	2 424	2 992
1968	4 066	5 608
1969	7 937	11 664
1970 (bis 31. 10. 1970)	5 639 *)	7 636

*) Für die Monate November und Dezember 1970 ist mit einem Zugang von weiteren 1 300 bis 1 500 Fällen zu rechnen.

Der Arbeitsanfall der letzten Zeit hat bei der Vorprüfung zu Rückständen von 3 262 Fällen und bei den Anerkennungsausschüssen zu Rückständen von 3 823 Fällen geführt. Durchschnittlich werden im Monat in der Vorprüfung 450 bis 500 Fälle und von den Anerkennungsausschüssen je 60 bis 90 Fälle bearbeitet; z. Z. bestehen drei Anerkennungsausschüsse und ein Widerspruchsausschuß.

1. In welchem Umfang gedenkt die Bundesregierung dem geschilderten Mangel durch Bereitstellung der benötigten Planstellen für das Bundesamt in Zirndorf sowie durch Förderung von Maßnahmen der Betreuungsorganisation das Asylrecht und die Betreuung funktionsfähig zu erhalten?

- a) Im Haushaltsplan für das Jahr 1971 sind zwei zusätzliche Planstellen der Bes.-Gr. A 9/10 für Beisitzer in den Anerkennungsausschüssen – kw am 31. Dezember 1972 – vorgesehen. Im übrigen wird die Bundesregierung das Problem des Stellenbedarfs des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zunächst durch Verlagerung von Stellen im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern soweit wie möglich zu lösen versuchen. Der Bundesminister des Innern hat sich auch in der Vergangenheit bemüht, den im Ministerium und in nachgeordneten Behörden entstandenen vordringlichen Personalbedarf möglichst durch Umsetzung von Planstellen und Stellen zu decken. So sind in den Haushaltsjahren 1968 bis 1970 im Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern 102 Planstellen und Stellen gemäß § 50 BHO bzw. den entsprechenden Vorschriften, die in den Haushaltsgesetzen enthalten waren, von einer Behörde zur anderen Behörde umgesetzt worden; die aufgrund der Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Bundesminister verlagerten Planstellen und Stellen sind dabei

nicht mitgerechnet. Für das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sollen nun mehr von den Dienststellen des Bundesnotaufnahmeverfahrens – Kap. 06 41 – verlagert werden:

- 1 Planstelle des höheren Dienstes
(zum 1. Februar 1971)
- 1 Stelle der dem höheren Dienst vergleichbaren Vergütungsgruppe
(zum 1. Januar 1971)
- 3 Stellen der dem gehobenen Dienst vergleichbaren Vergütungsgruppen
(zum 1. Januar 1971)
- 1 Stelle für eine Bürohilfskraft
(zum 1. Januar 1971)

Auf diese Weise und durch die Abordnung von Beamten (vgl. die Antwort auf die Frage 2) wird es möglich sein, die Zahl der Ausschüsse zu verdoppeln und auch die Vorprüfung zu verstärken. Dabei ist anzumerken, daß die Hälfte der Beisitzer in den Ausschüssen vom Bundesrat benannt werden muß (§ 30 Abs. 2 AuslG).

Ferner ist vor kurzem der Geschäftsgang des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge überprüft worden. Aufgrund des Ergebnisses dieser Prüfung werden Verfahrensablauf und Geschäftsgang noch weiter rationalisiert werden, selbstverständlich unter Erhaltung der im Ausländergesetz festgelegten rechtsstaatlichen Verfahrensgarantien.

- b) Was die Förderung von Maßnahmen von Betreuungseinrichtungen angeht, so ist in diesem Zusammenhang auf die vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit geförderte Otto-Benecke-Stiftung hinzuweisen. Diese betreut neben den Spätaussiedlern auch asylberechtigte Studienbewerber und junge Akademiker, und zwar sowohl aus europäischen wie aus außereuropäischen Ländern. Die betreuten Jungakademiker und Studienbewerber werden von der Stiftung in die Verhältnisse – auch beruflichen – in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Dies geschieht in der Form von beratenden einführenden Kursen nach Prüfung der vorgelegten Zeugnisse, ferner durch Sprachkurse und Vorstudienkurse bzw. -kollegs. Im Jahre 1969 wurden 940, im Jahre 1970 1 100 Asylberechtigte gefördert. Für das Jahr 1971 werden 1 200 Asylberechtigte erwartet. Hierfür werden aus dem Bundesjugendplan (sog. Garantiefonds) Ausbildungsbeihilfen und Personal- und Sachkosten der Otto-Benecke-Stiftung übernommen. Die hierfür bereitgestellten Bundesmittel wurden im Jahre 1970 gegenüber 1969 angehoben. Eine weitere Anhebung ist für das Jahr 1971 vorgesehen. Im Regelfall können aber nur anerkannte Asylberechtigte gefördert werden.

2. Hat die Bundesregierung geprüft, ob durch die Abordnung geeigneter Fachkräfte aus anderen, zum Teil mit auslaufenden Aufgaben versehenen Bundesbehörden, der derzeitige Engpaß in Zirndorf beseitigt werden kann?

Die Abordnung von Beamten und Angestellten anderer Behörden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern zum Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Einerseits ist die Tätigkeit beim Bundesamt sehr spezieller Art und verlangt zum Teil auch besondere Kenntnisse vor allem in osteuropäischen Sprachen. Andererseits nehmen auch die übrigen Behörden aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern zum Teil sehr spezialisierte Aufgaben wahr, die eine Verwendung ihrer Beamten und Angestellten beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von vornherein ausschließen.

Gleichwohl waren bereits in diesem Jahr vorübergehend zwei Angestellte in dem gehobenen Dienst vergleichbaren Vergütungsgruppen aus einer anderen Behörde zum Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge abgeordnet. Seit kurzem ist ein Angestellter ebenfalls in einer dem gehobenen Dienst vergleichbaren Vergütungsgruppe abgeordnet. Demnächst sollen ferner ein Beamter des höheren Dienstes und ein Angestellter in einer dem höheren Dienst vergleichbaren Vergütungsgruppe längerfristig zum Bundesamt abgeordnet werden. Der Bundesminister des Innern wird sich darüber hinaus auch weiterhin bemühen, durch Abordnung von Beamten und Angestellten anderer Behörden dazu beizutragen, daß die Zahl der nicht abgeschlossenen Fälle beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge so schnell wie möglich abgebaut wird.

Genscher